



ZdK

# Salzkörner

Materialien  
für die Diskussion  
in Kirche  
und Gesellschaft

26. Jg. Nr. 3  
Juni 2020

## Editorial

### Umbrüche und Risiken

Weiterhin können wir über COVID-19 nicht in der Vergangenheitsform sprechen. Politik und Wissenschaft sind noch immer gezwungen, mit vielen Unsicherheiten und Unabwägbarkeiten zu jonglieren. Während manche VertreterInnen aus der Wirtschaft die Uhr zurückdrehen möchten und ihre längst überholten Forderungen der letzten Wirtschafts- und Finanzkrise aus der Schublade ziehen, hoffen andere auf einen Sprung in die digitale Zukunft: Die Arbeitswelt steht vor massiven Umwälzungen. Das ist gut so, sofern es der Politik gelingt, den veränderten Bedürfnissen unserer Gesellschaft Rechnung zu tragen.

Noch fehlen empirisch belastbare Daten, aber dass alte Menschen unter den Beschränkungen der letzten Monate überproportional gelitten haben, steht außer Frage. Auch Kinder und Jugendliche leiden zunehmend. Angesichts wachsender häuslicher Gewalt und Bildungsungerechtigkeiten ist Eile geboten für die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz!

In anderen Ländern entwickelt sich derweil eine doppelte Krise: An der Spitze der vier Länder, die weltweit am meisten unter COVID-19 leiden, stehen Staats- und Regierungschefs, deren Wertesystem und Politikverständnis eine zunehmende Herausforderung – mithin Sicherheitsgefahr – für die EU darstellen. Die Gefahr alternativer Koalitionsbildungen auf internationaler Bühne zeichnet sich immer mehr ab.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft fällt somit in eine Phase globaler Umbrüche und Risiken. Chancen sind erst dann wieder ersichtlich, wenn internationale Gesundheits- und Sozialregime sich nicht mehr in ihrer Existenz und Legitimation bedroht sehen. Verlieren wir es also nicht aus dem Blick, die Wiederaufbauprogramme auf soziale Gerechtigkeit, Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten sowie auf ökologische und nachhaltige Ziele auszurichten.

Marc Frings

## Inhalt

### Der EU-Haushalt als Motor eines Wiederaufbaus nach der Coronakrise \_\_\_\_ 2

Das Ringen Europas um einen gerechten Umgang miteinander

[Friederike Ladenburger](#)

### Ein Beirat für eine nachhaltige Finanzwirtschaft \_\_\_\_\_ 4

Deutschland kann die EU-Ratspräsidentschaft nutzen, um Akzente für Sustainable Finance zu setzen

[Gesa Vögele](#)

### Wir brauchen eine neue Familienpolitik, zeit- und beziehungsorientiert \_\_\_\_\_ 6

Ein Weckruf

[Ulrich Hoffmann](#)

### mekoFUN® \_\_\_\_\_ 8

Lernen mit metakognitiv fundierten Techniken

[Andrea Heim](#)

### Dialog statt Vorurteil \_\_\_\_\_ 10

„Schalom Aleikum“ bringt Juden und Muslime ins Gespräch

[Dr. Dmitrij Belkin](#)

### „Neuen Schwung für die Integration nehmen“ \_\_\_\_\_ 12

2. Migrationsbericht der Malteser

[Karl Prinz zu Löwenstein](#)

## Der EU-Haushalt als Motor eines Wiederaufbaus nach der Coronakrise

Das Ringen Europas um einen gerechten Umgang miteinander

**Ende Mai 2020 hat die Europäische Kommission einen Vorschlag für einen Aufbauplan Europas als Reaktion auf die Coronakrise vorgestellt. Wesentlicher Bestandteil sind ein neues Aufbauinstrument und der mehrjährige Finanzrahmen (MFR) der Europäischen Union. In den kommenden Monaten muss Europa nun eine Einigung erzielen, mit welchen Finanzmitteln dieser Plan ausgestattet werden soll.**

In der Europäischen Union wird regelmäßig ein MFR festgelegt, der den langfristigen Haushaltsplan der EU darstellt. Er legt die Obergrenzen für die Ausgaben der EU insgesamt fest und in vielen verschiedenen Tätigkeitsbereichen für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren die konkreten Geldmittel. Die letzten MFR galten in der Regel für sieben Jahre.

Der MFR wird in einem aufwendigen Verfahren in Brüssel zwischen den verschiedenen Institutionen ausgehandelt. Die Europäische Kommission legt einen Vorschlag für eine neue MFR-Verordnung vor und dieser Vorschlag dient als Grundlage für die Verhandlungen im Europäischen Rat, denen alle Mitgliedstaaten zustimmen müssen. Für eine Einigung gilt das Prinzip der Einstimmigkeit. Bevor der Rat jedoch seinen Standpunkt festlegt, erhält er politische Orientierungen von den Staats- und Regierungschefs, die im Europäischen Rat zusammenkommen. Zusätzlich ist die Zustimmung des Europäischen Parlaments notwendig.

### Ein Aufbauplan für Europa in Folge der Coronakrise

Doch in den nun anstehenden Verhandlungen für den nächsten MFR, der für die Jahre 2021 bis 2027 gelten soll, stellt sich ein vollkommen anderes Ausgangsszenario dar. Die Corona-Pandemie hat tiefe Spuren in Europa hinterlassen. In der Gesellschaft und in der Wirtschaft sind große Schäden entstanden.

Ende Mai 2020 hat die Europäische Kommission einen umfassenden Aufbauplan vorgestellt, der das Potential des EU-Haushalts voll ausschöpfen möchte. In der entsprechenden Presseerklärung wurde der Aufbauplan mit den Worten *“Repair and prepare for the next generation”* vorgestellt. Es werden enorme Investitionen vorgesehen, um in dieser historischen Situation die notwendigen Schritte gehen zu können. Die Europäische Kommission verfolgt parallel zwei Konzepte:

- A. Sie schlägt ein neues Aufbauinstrument vor: Next Generation EU, ein Aufbauinstrument mit einem Finanzvolumen von 750 Milliarden Euro zur Stärkung des EU-Haushalts von 2021 bis 2024 mit neuen Mitteln. Diese Finanzmittel sollen an den Finanzmärkten aufgenommen werden.
- B. Die Aufstockung des langfristigen Haushalts der EU für 2021 bis 2027 auf 1.100 Milliarden Euro.

### Das Aufbauinstrument Next Generation EU

Das Instrument *Next Generation EU* ruht auf drei Säulen:

- Der Aufbau in den Mitgliedsstaaten soll unterstützt werden.
- Die Wirtschaft soll angekurbelt und private Investitionen sollen gefördert werden.
- Es sollen notwendige Lehren aus der Corona-Krise gezogen werden.

Der Aufbau in den Mitgliedsstaaten soll durch eine Aufbau- und Resilienzfazilität im Rahmen der Ziele des Europäischen Semesters unterstützt werden. Diese Mittel sollen insbesondere zur Förderung des digitalen Wandels und zur Resilienz der nationalen Volkswirtschaften eingesetzt werden. Für dieses Instrument sind 560 Milliarden Euro vorgesehen, davon 310 Milliarden Euro als Zuschüsse und 250 Milliarden als Darlehen. Ferner ist eine Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas vorgesehen. *REACT-EU* sieht flexible kohäsionspolitische Zuschüsse für Gemeinden, Krankenhäuser und Verwaltungsbehörden in den Mitgliedstaaten vor. Weitergehend soll die Förderung des Übergangs zu einer klimaneutralen Wirtschaft mit dem Instrument von *Next Generation EU* vorangetrieben werden. Der Fonds für einen gerechten Übergang soll bis auf 40 Milliarden Euro aufgestockt werden, damit ein zügigerer Übergang zur Klimaneutralität möglich wird und auch der Europäische Landwirtschaftsfonds

für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) soll auf 15 Milliarden Euro aufgestockt werden, um die für den „Europäischen Grünen Deal“ erforderlichen Strukturanpassungen zu erreichen – so etwa die Biodiversitätsstrategie und die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“.

Wirtschaftliche und private Investitionen in den Mitgliedsstaaten sollen besonders durch zwei maßgebliche Instrumente gefördert werden: die Erweiterung des *Invest-EU*-Programms um eine Fazilität für strategische Investitionen und ein neues Solvenzhilfelinstrument zur Stützung des Eigenkapitals rentabler Unternehmen.

Wichtig ist ebenso die dritte Säule von *Next Generation EU*: Lehren aus der Corona Krise ziehen und die strategischen Herausforderungen in Europa angehen. Diesbezüglich sieht der Vorschlag der Europäischen Kommission ein neues Gesundheitsprogramm vor. *EU4Health* soll mit 9,4 Milliarden Euro ausgestattet werden und der Stärkung der Gesundheitssicherheit dienen und zur Vorsorge gegen künftige Gesundheitsrisiken beitragen. Der Ausbau des Katastrophenschutzverfahrens der EU, *rescEU*, mit 3,1 Milliarden Euro ist auch vorgesehen um zur Bewältigung schwerer Katastrophensituationen beizutragen.

### Aufstockung des langfristigen EU-Haushalts

Auch andere Programme will die Europäische Kommission im Rahmen der Aufstockung des Haushaltbudgets ausbauen, damit der EU-Haushalt als eine Triebfeder wirken kann, um der Bewältigung der Herausforderungen, die sich aus der Pandemie ergeben, gerecht zu werden. Das EU-Rahmenprogramm „*Horizon Europe*“ soll aufgestockt werden auf 94,4 Milliarden Euro, ebenso etwa das *Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit* und beispielsweise auch die Gemeinsame Agrarpolitik.

Für die Verhandlung und Verabschiedung dieses ehrgeizigen Vorschlags der Europäischen Kommission bleibt den Institutionen in Brüssel und den Mitgliedsstaaten nur wenig Zeit. Bis Ende des Jahres muss ein tragfähiger EU-Haushalt vorliegen. Die Staats- und Regierungschefs werden sich im Juni in Brüssel zum Europäischen Rat treffen und dann vermutlich bei einem Sondergipfel im Juli eine Einigung erzielen müssen.

### Stellungnahme der Sozialkommission der COMECE

Es ist an der Zeit, den Ruf nach Solidarität im Kontext der Corona-Krise in konkrete politische Instrumente zu gießen. Als Fundament sollte die Notwendigkeit einer Generationengerechtigkeit dienen. Es ist ein Ausgleich herzustellen zwischen den aktuellen Gegebenheiten und den Bedürfnissen kommender Generationen.

In diesem Zusammenhang hat die Sozialkommission der Kommission der Europäischen Bischofskonferenzen in der Europäischen Union (COMECE) als unmittelbare Reaktion auf die Vorstellung des Aufbauplans durch die Europäische Kommission ein Positionspapier veröffentlicht. Darin begrüßt die COMECE die grundlegende Konstruktion des Aufbauplans und fordert die EU auf, den Geist der Einheit und der Solidarität zu erneuern und sich auf einen Wiederaufbauplan zu einigen, der die Frage der Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt.

Das Positionspapier konzentriert sich auf drei Gerechtigkeitsaspekte:

- A. **Förderung der sozialen Gerechtigkeit:** Bei der Ausarbeitung und Umsetzung des Wiederaufbauplans und des MFRs sollte die EU das Wohl der schutzbedürftigsten Personen respektieren und in den Mittelpunkt stellen. Der Kampf gegen Klimawandel, COVID-19, Armut und Ungleichheiten erfordert eine EU, deren Gesamtbudget an ihren politischen Prioritäten und Werten ausgerichtet ist.
- B. **Förderung der ökologischen Gerechtigkeit:** Es wird begrüßt, den „Europäischen Grünen Deal“ als grundlegende Strategie in den Wiederaufbauplan zu integrieren, und die EU-Mitgliedstaaten werden aufgefordert, ihre Zusagen zur Klimaneutralität und zum Schutz der Umwelt in konkrete Maßnahmen umzusetzen, die die ökologische Umkehr in Europa vorantreiben. Diese Pandemie sollte uns ein Zeichen sein, dass dringend Maßnahmen erforderlich sind.
- C. **Förderung der Beitragsgerechtigkeit:** Es sollte sichergestellt werden, dass sich niemand seiner Verantwortung entziehen kann, zum Wiederaufbau in Europa beizutragen. Im Kampf gegen Korruption und Steuerverhinderung muss um einen Rahmen der fairen Besteuerung in Europa gerungen werden.

## Ein Beirat für eine nachhaltige Finanzwirtschaft

Deutschland kann die EU-Ratspräsidentschaft nutzen, um Akzente für Sustainable Finance zu setzen

**Bezüglich einer nachhaltig ausgerichteten Finanzwirtschaft verweilte die deutsche Politik lange Zeit in einer Art Dornröschenschlaf. Erst die Europäische Kommission vermochte sie daraus zu erwecken – mit dem im März 2018 veröffentlichten Aktionsplan: Finanzierung nachhaltigen Wachstums. Nun soll Deutschland ein führender Sustainable-Finance-Standort werden.**

Am 6. Juni 2019 war es so weit: Der Sustainable-Finance-Beirat der Bundesregierung nahm seine Arbeit auf. Das Gremium, bestehend aus 38 Vertretern und Vertreterinnen aus Finanz- und Realwirtschaft, Zivilgesellschaft sowie Wissenschaft und weiteren Organisationen mit Beobachterstatus, war vom Finanz- und Umweltministerium eingesetzt worden, um Empfehlungen für eine Strategie für eine nachhaltige Finanzwirtschaft zu entwickeln.

Die Messlatte hierfür hatte der Bund denkbar hoch gehängt: Deutschland soll nicht etwa nur an andere fortgeschrittene Länder in diesem Bereich, zum Beispiel Frankreich oder die Niederlande, anschließen und eine aktive Rolle auf EU-Ebene einnehmen, sondern gleich eine führende Rolle anstreben.

### 53 konkrete Handlungsansätze

Ganz im Geiste dieser Vorgabe erarbeitete der Beirat einen ersten Bericht, den er am 5. März 2020 vorlegte und zeitgleich eine mittlerweile abgeschlossene Konsultation startete, um weitere Ideen und Hinweise für die im Herbst 2020 zu erwartenden abschließenden Empfehlungen zu erhalten.

Der Zwischenbericht enthält nicht weniger als 53 Handlungsansätze, die sich zuvorderst an die öffentliche Hand sowie an Finanz- und Realwirtschaft richten. Während es bei Letzterer stark um erweiterte Berichtspflichten zu Nachhaltigkeit und eine „wahre“ Rechnungslegung geht, die zum Beispiel auch Gemeingüter, soziale Kosten und Umweltverschmutzung umfasst, sind die Themen bei der Finanzwirtschaft folgende: die Integration von Nachhaltig-

tigkeit in Strategie und Risiko-Management, Weiterbildung und Anreizstrukturen sowie Transparenz und Vergleichbarkeit von nachhaltigen Anlagen.

### Nachhaltigkeits-Transparenz für alle Finanzprodukte

Mit Blick auf den soeben genannten Punkt schlägt der Beirat vor, ein verpflichtendes transparentes Klassifikationssystem für alle Finanzprodukte einzuführen. Eine der zugrunde liegenden Ideen hierbei ist, auch die unzureichende Nachhaltigkeit von Geldanlagen transparent zu machen anstatt nur diejenigen, die sich bereits auf den Weg gemacht haben, einseitig durch Auflagen zu belasten. Auf den Lebensmittelbereich übertragen würde dies beispielsweise bedeuten: Auch diejenigen Anbieter, die bei ihren Produkten Aspekte wie biologische Anbauweisen und Fair Trade außen vor lassen, müssten hierzu Informationen bereitstellen, die Vergleiche ermöglichen. Eine aktive Rolle und konkrete Maßnahmen verlangt der Beirat außerdem von der öffentlichen Hand. Sie soll einen geeigneten Rahmen schaffen, um transformations-geeignete Investitionen in die Realwirtschaft zu steigern, etwa durch einen lenkungswirksam gestalteten CO<sub>2</sub>-Preis. Bei der Mittelverwendung und den eigenen Portfolien ist sie angehalten, stärker Nachhaltigkeitsmaßstäbe anzulegen. Hier hat der Bund zumindest erste Schritte eingeleitet. So sieht der per Gesetz eingeführte Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung, der Gelder für die Zwischen- und Endlagerung radioaktiver Abfälle vorhalten soll, die Integration von Nachhaltigkeitsaspekten vor.

### Die Musik spielt auf EU-Ebene

Des Weiteren fordert der Beirat von der öffentlichen Hand, eine aktiv mitgestaltende und unterstützende Rolle mit Blick auf politische Initiativen und Maßnahmenpakete der EU einzunehmen. Dieser Punkt mag zunächst trivial erscheinen, ist aber tatsächlich von großer Bedeutung – und zwar aus drei wesentlichen Gründen:

Erstens fiel Deutschland in der Vergangenheit nicht immer als treibende Kraft auf, wenn es um nachhaltigkeitsrelevante Regulierung ging. Zum Beispiel hat der Bund 2017 die sogenannte CSR-Richtlinie, die bestimmte große Unternehmen zu Nachhaltigkeits-Berichterstattung verpflichtet, deutlich schwächer umgesetzt, als möglich gewesen wäre. Zum Zweiten entfalten viele Maßnahmen

nur dann die gewünschte Wirkung, wenn sie auf EU-Ebene angesiedelt sind. Und drittens schließlich folgt schlicht aus einfacher Beobachtung: Die Innovationskraft kommt aus Brüssel. Dort spielt die Musik.

### Der europäische Green Deal

Die EU-Kommission hat 2018 nicht nur einen vielbeachteten und – trotz Kritikpunkten wie der Vernachlässigung sozialer Themen – viel gelobten „Aktionsplan: Finanzierung nachhaltigen Wachstums“ vorgelegt und bei dessen Umsetzung ein beachtliches Tempo an den Tag gelegt, sondern ist aktuell gerade darin begriffen, nochmals nachzulegen.

Die EU-Kommission präsentierte Ende 2019 ihren Green Deal, der unter anderem darauf zielt, Europa bis 2050 zu einem klimaneutralen Kontinent zu machen, nachhaltige und umweltfreundlichere Produktionszyklen zu schaffen, Ökosystem und Biodiversität wiederherzustellen und eine nachhaltige Lebensmittelkette zu gewährleisten. Elementarer Bestandteil des Green Deal ist neben dem Motiv „Niemanden zurücklassen“ auch eine neue Sustainable-Finance-Strategie. Schließlich muss der Wandel finanziert sein.

### In die Transformation investieren

Diese neue Strategie will die EU-Kommission im Herbst 2020 vorlegen. Sie wird aktuell durch eine Konsultation vorbereitet, die noch bis Mitte Juli geöffnet ist. Darin beziffert die EU-Kommission den jährlichen Investitionsbedarf, um allein ihre aktuellen Klima- und Energieziele zu erreichen, auf jährlich 260 Milliarden Euro. Diese Gelder müssen von öffentlicher und privater Seite aufgebracht werden.

Wie aus dem Fragebogen zur Konsultation deutlich wird, sollen Realwirtschaft, öffentliche Institutionen wie auch Bürger und Bürgerinnen stärker als bislang in den Fokus gerückt werden. Biodiversität, wozu die EU jüngst als Teil des Green Deal ein eigene Strategie vorgelegt hat, und Fragen der Digitalisierung erhalten mehr Aufmerksamkeit – beides auch Themen, deren Relevanz vor dem Hintergrund der aktuellen Pandemie noch einmal deutlicher geworden ist. Auch ein „grüner Aufschwung“, als Antwort auf die Folgen der COVID-19-Krise, wird im Kontext der neuen Strategie thematisiert.

### EU-Ratspräsidentschaft nutzen

Wenn Deutschland sich also in EU-Prozesse konstruktiv und aktiv einbringt, ist bereits viel gewonnen. Mit der EU-Ratspräsidentschaft, die Deutschland am 1. Juli von Kroatien übernimmt, bieten sich hierfür besondere Chancen. Zu Sustainable Finance ist im zweiten Halbjahr 2020 einiges in der Pipeline. Deutschland kann – ausgestattet mit dem Zwischenbericht des Sustainable-Finance-Beirats – eine vorantreibende Rolle einnehmen. Viele Ideen des Beirats dürften in Brüssel auf offene Ohren stoßen. Zum Beispiel wird auch dort eine zentrale Datenbank diskutiert, die wichtige Nachhaltigkeitsdaten von Unternehmen zentral und einfach zugänglich machen soll.

Durch die COVID-19-Krise hat die Debatte außerdem an Tiefe gewonnen. Soziale Themen, die Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaften und sich gegenseitig verstärkende Effekte, etwa von beeinträchtigten Lebensräumen von Tieren, dem Klimawandel und der Übertragung von Krankheiten, erhalten mehr Aufmerksamkeit. Deutschland könnte sich hier sehr konkret einbringen und beispielsweise, vorbereitet durch glaubhafte Schritte im eigenen Land, ein europäisches Gesetz zur Berücksichtigung von menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten in den Lieferketten vorantreiben helfen.

### Von Greening Finance zu Financing the Green

Der Bund hat Sustainable Finance als wichtigen Politikbereich erkannt und angenommen. Wenn auch auf nationaler Ebene noch Hausaufgaben zu erledigen sind und landesspezifische Maßnahmen teils sinnvoll sein können, kommt es doch entscheidend auf die Haltung gegenüber den EU-Maßnahmen an – sei es die Überarbeitung der CSR-Richtlinie, ein europäisches Lieferkettengesetz oder die neue Sustainable-Finance-Strategie. Brüssel hat einen Greening-Finance-Prozess angestoßen und möchte nun zu Financing the Green voranschreiten, weil sonst die nötige Transformation nicht gelingen kann. Deutschland hat die Chance, hierbei eine Vorreiterrolle einzunehmen.

#### Gesa Vögele

Mitglied der Geschäftsführung bei Corporate Responsibility Interface Center (CRIC) e. V., Frankfurt

## Wir brauchen eine neue Familienpolitik, zeit- und beziehungsorientiert

Ein Weckruf

**Es klingt paradox: Die Familienpolitik in Deutschland verfolgt eine Politik, in der Familien längst nicht immer im Mittelpunkt stehen. Im Idealfall ist sie Sozial- und Bildungspolitik, oft muss sie aber für Wirtschafts- und Rentenpolitik herhalten und hat vor allem auch dem Arbeitsmarkt und einem umlagefinanzierten Rentensystem zu dienen. Was dabei verloren geht, ist nicht weniger als der Kern von Familie, ist die Zeit für- und miteinander, sind zwischenmenschliche Bindungen und Nähe. Die Zweckrationalität des Marktes ist ethisch fraglich und bei Licht betrachtet Grund für eine rasche und entschlossene familienpolitische Kurskorrektur. Denn Familie ist ein Wert an sich, ohne den sich Gesellschaft gar nicht denken lässt! In der Welt der Familienpolitik steht die Entdeckung des zeitpolitischen Kontinents dringend aus. Nichts hat das deutlicher gemacht als der Einfall des Coronavirus in unsere Gegenwart.**

In ihrer konsequenten Arbeitsmarktorientierung trägt die Familienpolitik seit 2005 nahtlos dazu bei, den Druck auf Eltern und Familien zu erhöhen. Sie propagiert eine doppelte Vollzeitwerbstätigkeit der Eltern, um Familienarmut zu vermeiden. Dahinter steht insbesondere der Ruf der Wirtschaft nach Fach- und Arbeitskräften. Entsprechend groß sind die aktuellen Anstrengungen der Familienpolitik, Betreuungsplätze in Kitas und Ganztagschulen mit Milliardeninvestitionen auszubauen. Hinzu kommt: Eine doppelte Vollzeitwerbstätigkeit von Eltern entspricht nach den Vorstellungen der Bundesregierung auch dem Ziel der Gleichstellung zwischen den Geschlechtern. Die Doppelerwerbstätigkeit ist demnach ökonomisch gefordert und gleichstellungspolitisch geboten. Kritik an dieser Logik setzt sich leicht dem Vorwurf aus, an überständigen familialen Rollenmustern festzuhalten und die Emanzipation der Frauen zu behindern. Bloß: Ist ein Familienleitbild, bei dem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mehr Postulat als Realität ist, wirklich im Interesse

der Mehrheit der Frauen? Oder brauchen wir nicht weit- aus mehr Flexibilität und Gestaltungsfreiheit, damit Frauen und Männern sowohl der Beruf als auch die Familie zu Orten individueller Freiheit und Selbstbestimmung werden können?

Nach 15 Jahren einer arbeitsmarktorientierten Familienpolitik fällt die Bilanz ernüchternd aus: Es sind zwar mehr Mütter erwerbstätig, aber ihre Arbeitskraft wird dauerhaft unterbezahlt. Wenn Frauen im Durchschnitt 21 Prozent weniger verdienen als Männer, liegt das vor allem auch an familienbedingten Auszeiten, während bei Frauen ohne Kinder die Gehaltslücke gegenüber ihren männlichen Kollegen deutlich geringer ausfällt. Männer sind hingegen noch immer weit davon entfernt, ihrer Verantwortung für Familienarbeit gerecht zu werden. Sie hemmt oft weniger der Wille als vielmehr die Sorge vor beruflichen Benachteiligungen, Druck von Vorgesetzten und Kollegen bis hin zum Mobbing und verwehrten Aufstiegsmöglichkeiten. Familien fehlt zusehends die nötige Zeit für- und miteinander, die wertvolle zwischenmenschliche Bindungen, Aufmerksamkeit und Zuwendung für aufwachsende Kinder überhaupt erst möglich macht. Beherrschend ist stattdessen ein Familienbild in Stress, Hektik und Zeitnot. Nichts verhindert aber Aufmerksamkeit und Empathie zuverlässiger als Eltern im Stress. Die naheliegende Entdeckung des Zeitkontinents in der Welt der Familienpolitik, sie steht zu Beginn des 21. Jahrhunderts hierzulande noch aus. Diese Blindheit ist fatal, weil sie Familie um das Wesentlichste bringt: einen souveränen Umgang mit der eigenen Zeit, um Nähe, Zwischenmenschlichkeit, harmonische Partnerschaften, vielleicht sogar um familiäre Liebe. Was es braucht, ist vor allem eine neue Familienpolitik mit klaren ethischen und zeitpolitischen Prämissen, die dem Menschen den Vorrang vor der Ökonomie einräumt, wie es Papst Franziskus 2013 in seinem Apostolischen Schreiben Evangelium Gaudium für unsere Zeit nachdrücklich gefordert hat. Hier gilt es anzusetzen, auch aus christlicher Verantwortung.

### Familienarbeit ist schwere Arbeit

Verabschieden wir uns davon, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausschließlich gleichzeitig zu denken. In einer Welt der zunehmenden Ökonomisierung unserer



Lebenswelt, einer entgrenzten Arbeit und einer allseits zu beobachtenden Beschleunigung von Arbeitsprozessen ist eine vollzeitnahe Doppelerwerbstätigkeit ohne Kollateralschäden für Kinder und Eltern kaum noch möglich. Die Verschärfung dieser Lebensform hat uns allen, die es sehen wollten, die Zeit der coronabedingten Kontaktsperren vor Augen geführt, mit Kitas und Schulen, die gar nicht oder nur noch im Ausnahmemodus arbeiten und Eltern, die zwischen Homeoffice, Homeschooling und Homework eine ohnehin unmöglich gewordene Vereinbarkeit leben. Homeoffice ist aber kein Betreuungsmodell.

Zukunftsweisende Wege, Familie und Erwerbsarbeit in Einklang zu bringen, liegen vielmehr in einem planvollen Nacheinander, entschleunigt und lebensphasengerecht. In der Wissenschaft seit Jahren diskutierte Modelle wie das der „Atmenden Lebensläufe“ ermöglichen Eltern Optionszeiten über die gesamte Erwerbsbiografie mit der Möglichkeit, beruflich kürzerzutreten, wann immer das familiär für die Sorge von Kindern oder Angehörigen nötig ist.

Verabschieden wir uns von der Annahme, dass unbezahlte Familienarbeit keine Arbeit ist. Sie ist sogar schwere Arbeit: Kinder er- und großziehen; alte, gebrechliche oder kranke Angehörige pflegen, putzen, kochen, waschen, einkaufen, aufräumen. Und das Ganze stets gut planen und organisieren. Unbezahlte Arbeit ist oft wenig sichtbar, einen hohen Wert hat sie aber trotzdem. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO beziffert ihren Wert auf rund zehn Prozent des globalen Bruttonutzenproduktes, mindestens. Paare können gewinnen, wenn sie Erwerbs- und Familienarbeit gleichmäßiger aufteilen, auch nach der Elternzeit. Die individuellen Kosten der unbezahlten Arbeit werden so gerechter verteilt – ebenso wie die Freude, die aus diesen Arbeiten ja ebenfalls erwächst.

### Eltern haben Schlüsselqualifikationen

Verabschieden müssen sich auch die Arbeitgeber von der weit verbreiteten Vorstellung, dass familienbedingte Auszeiten ein Hemmschuh für die berufliche Entwicklung sind, schließlich bringen Eltern Schlüsselqualifikationen wie Effizienz und ausgeprägte Selbstorganisation mit. Frauen und Mütter haben außerdem ein Recht auf gleiches Geld wie arbeitende Männer!

Verabschieden muss sich schließlich die Politik von ihren arbeitsmarktorientierten Familienbildern: Ein Elterngeldmodell in der Taktung „8 + 8 + 8“ bietet einen Vorgeschmack, wie Zeitpolitik nach der Geburt familienfreundlich und geschlechtergerecht aussehen kann: acht Elternzeitmonate für den Vater, acht für die Mutter und die übrigen acht für die freie Verteilung zwischen den Eltern.

### Große Teilzeit für Mütter und Väter

Verabschieden müsste sich die Politik auch von ihrem Leitbild einer doppelten und maximalen Erwerbstätigkeit von Eltern. Die Politik muss Familien Spielräume eröffnen, ihre Erwerbstätigkeit zugunsten der Familie zu reduzieren und das von ihnen gewünschte Familienmodell zu leben. Ein Vollzeitjob von 40 Stunden und mehr lässt wenig Zeit für anderes. Das in Deutschland nach wie vor weit verbreitete Modell des in Vollzeit arbeitenden Mannes und der teilzeit- oder nicht erwerbstätigen Frau lässt dem einen keine Zeit für die Familie, der anderen verbaut es Aufstiegschancen und schmälert das Lebenseinkommen. Für viele Familien könnte das Modell einer großen Teilzeit für Mütter und Väter attraktiv sein: 30 Stunden, 75 Prozent der regulären Arbeitszeit für beide – möglichst mit einem Lohnausgleich. Das als Option, aber nicht als starres Leitbild. So ließen sich zeitliche Gestaltungsspielräume für Familien und Geschlechtergerechtigkeit zusammen und zukunftsweisend denken.

Mehr Zeit für Familien. Das hieße auch, Eltern und Kinder mitsamt ihren grundlegenden und nährenden Bindungen untereinander in den Mittelpunkt zu rücken. Von intakten Partnerschaften und selbstbewussten Kindern würden nicht nur Familien profitieren, sondern die gesamte Gesellschaft. Doch dafür muss die Familienpolitik in Deutschland ihren instrumentellen Charakter abstreifen, ihre arbeitsmarktorientierung überwinden und die Zeitpolitik entdecken – für alle Familien. Der Mensch im Mittelpunkt. Es ist allerhöchste Zeit!

| Ulrich Hoffmann |

Präsident des Familienbundes der Katholiken (FDK)  
und Mitglied des ZdK

# Bildung

## Metakognitiv fundiertes Lernen

8

### mekoFUN®

Lernen mit metakognitiv fundierten Techniken

**Lernen lernen. Das ist für Schülerinnen und Schüler wichtig, um einen (guten) Schulabschluss zu schaffen. Aber auch Erwachsene müssen oder dürfen inzwischen ein Leben lang lernen, um das ständig neu entstehende Weltwissen verarbeiten zu können. Die Katholische Erwachsenenbildung Deutschland Bundesarbeitsgemeinschaft e. V. (KEB) hat zusammen mit dem wissenschaftlichen Team um Prof. Dr. Arnim Kaiser eine neue Didaktik entwickelt, mit deren Hilfe jeder Mensch sein Lernpotential ausbauen und nachweislich größere Lernerfolge erzielen kann: Metakognitiv fundiertes Lernen, oder kurz: mekoFUN®.**

Neulich beobachtete ich eine ältere Frau bei dem Versuch, eine Bahnfahrkarte am Automaten zu lösen. Ganz offensichtlich hatte sie Schwierigkeiten, mit der Systematik und Funktionalität des Automaten zurecht zu kommen. Sie schien gleichzeitig konzentriert, verzweifelt und erpicht darauf zu sein, das Problem zu lösen. Die Dame sprach leise mit sich selbst, haderte halblaut mit dem Kartenautomaten und schaute sich einige Male hilfeschend um.

Wir alle kennen solche Situationen. Egal wie alt wir Menschen sind und welchen Bildungshintergrund wir haben – manchmal kommen wir nicht weiter. Unser angeeignetes Wissen und die bisher erworbenen Handlungsrou-tinen reichen nicht aus. Wir kommen an unsere Grenzen. In einer globalen und vernetzten Welt, in der genauso schnell neues Wissen entsteht, wie das vorhandene veraltet, brauchen wir neue Lernstrategien, um den Herausforderungen unseres Alltags begegnen und diese selbstständig meistern zu können.

#### Die neue Didaktik

Eine solche neue Didaktik haben Prof. Dr. Arnim Kaiser und die Katholische Erwachsenenbildung Deutschland in den vergangenen Jahren entwickelt. Mit Hilfe von metakognitiv fundiertem Lernen können wir unser eigenes Denken besser kennenlernen und mit ein wenig Übung neue Herausforderungen besser meistern. Metakognition beschreibt die Fähigkeit des Menschen, das eigene

Denken bewusst wahrzunehmen und gezielt zu steuern – also denken über Denken. Alle Menschen besitzen diese Fähigkeit, wir setzen sie jedoch nicht immer bewusst ein. Aber jeder und jede kann und soll das Denken über das Denken erlernen, denn metakognitive Fähigkeiten helfen uns, den Überblick zu wahren und komplexe Sachverhalte besser zu verstehen. Mit Hilfe von metakognitiven Techniken können wir unsere Denkprozesse kennenlernen und unsere Lernprozesse bewusst steuern. Das hilft uns, gute Entscheidungen zu treffen und sinnvolle Lösungen zu entwickeln.

In unterschiedlichen, vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekten konnten Prof. Dr. Kaiser und die KEB Deutschland die Wirksamkeit von mekoFUN® wissenschaftlich nachweisen. Menschen, die metakognitiv fundierte Lernmethoden angewendet haben, hatten eine 5,5-fach höhere Chance, Aufgaben mit einem höheren Leistungsniveau zu schaffen als die Teilnehmer\*innen der Versuchsgruppe, die auf herkömmliche Art gelernt haben. Als evident nachgewiesen wurde außerdem, dass Menschen, unabhängig von Alter oder formalem Bildungsgrad, mekoFUN® einsetzen können. Gerade Senior\*innen, die sich Lernerfolge häufig nicht mehr zutrauen, können vom Einsatz metakognitiver Techniken besonders profitieren, indem sie langfristig ihre Lernstrukturen verbessern und das Gelernte in den Alltag integrieren. Gleiches gilt für junge Menschen, die schlechte Erfahrungen mit Schule und Bildung haben. Lernen ist für sie mit häufig mit viel Frustration verbunden, und mit mekoFUN® kann ein neues Lernerlebnis geschaffen werden, weil die Lerner\*innen erkennen, dass sie etwas können. Sie erfahren Selbstwirksamkeit. Kompetenzen und Lernstrategien, welche bis dato noch nicht herausgebildet oder nicht vorhanden waren, kommen durch das metakognitive Lernen zum Vorschein und werden beständig erweitert.

#### Wenn die Routine an ihre Grenzen kommt

Wie können wir das Nachdenken über das eigene Denken trainieren? Unsere Denkprozesse verlaufen meistens unbewusst. Sie sind Routine. Metakognitiv fundierte Techniken kommen dann ins Spiel, wenn die Routine an ihre Grenzen kommt und wir mit eingeübten Lernstrategien (zum Beispiel ordnen, reduzieren, zerlegen, elaborieren) und unserem erlernten Wissen („Weltwissen“) nicht mehr



# Bildung

## Metakognitiv fundiertes Lernen

weiterkommen. Um weiterzukommen, brauchen wir eine neue – im Idealfall metakognitiv fundierte – Lernstrategie. Metakognitiv fundiertes Lernen vollzieht sich in mehreren Schritten, nämlich in einem Dreiklang aus Planen, Steuern, Kontrollieren. Ziel ist es, die implizit ablaufenden Denkprozesse bewusst wahrzunehmen und zielgerichtet zu steuern. Konkret bedeutet dies: Problem verstehen, Lösung planen, Problem lösen, Lösung überprüfen, Gelerntes festhalten.

Übertragen auf das Beispiel vom Anfang würde man der älteren Damen helfend zur Seite stehen und das Problem des Fahrkartenkaufs, wie folgt, metakognitiv fundiert gemeinsam lösen:

**Erster Schritt: Planen (Problem verstehen, Aufgabe erfassen, Lösung planen)** Vor welche Schwierigkeiten sehe ich mich auf den ersten Blick gestellt? In welchen Schritten will ich die Aufgabe nun angehen? Was ist mein Ziel? Wie beginne ich?

**Zweiter Schritt: Steuern (Problem lösen)** Welche Informationen habe ich? Wie lassen sich diese verarbeiten? Welche Informationen brauche ich? Sind meine geplanten Lösungsschritte nach wie vor passend? Was muss ich anders machen? Welche Schwierigkeiten bleiben? Wie sehen meine nächsten Arbeitsschritte aus?

**Dritter Schritt: Kontrollieren (Lösung überprüfen, Gelerntes festhalten)** Habe ich alle Informationen berücksichtigt? Bin ich mit dem Ergebnis zufrieden? Ist das Ergebnis vollständig? Woran kann ich das überprüfen? In welcher Beziehung steht das Ergebnis zu meinem bisherigen Wissen auf dem Gebiet?

Gemeinsam haben die ältere Dame und ich das Problem gelöst und eine gültige Fahrkarte gekauft. Wir haben es sogar geschafft, dass der Seniorenrabatt vom regulären Preis abgezogen wurde. Der gemeinsame Austausch war dabei mehr als eine Unterhaltung. Indem die im Inneren ablaufenden Denkprozesse verbalisiert, also sichtbar gemacht wurden, werden diese objektiviert. Die Versprachlichung erlaubt der\*dem Problemlöser\*in und den Mitlerner\*innen, aus den abgelaufenen Denkprozessen diejenigen herauszufiltern, die zielführend waren.

Im wissenschaftlichen Konzept mekoFUN® wird dieser Vorgang als „Lautes Denken“ bezeichnet. Die ältere Frau wird beim nächsten Mal selbstsicherer und ohne fremde Unterstützung eine Fahrkarte am Automaten kaufen kön-

nen. Die neu erworbene Lernstrategie kann sie jederzeit wieder abrufen. mekoFUN® ist wie ein Schlüssel, der die Türen zum Lernerfolg öffnet.

### Lehrkraft mekoFUN®

Damit das Konzept der Metakognition in der Unterrichtspraxis umgesetzt werden kann, müssen zwei Prinzipien gegeben sein: Die Lehr- und Lernprozesse müssen metakognitiv fundiert angelegt sein und die Auswahl und Gestaltung der Lernmaterialien müssen dem Prinzip der Problemhaltigkeit entsprechen. Bei der Planung von Unterricht/ Lerneinheiten müssen diese Prinzipien immer berücksichtigt werden. Als Hilfsmittel kann das Instrument der Strukturplanung hinzugezogen werden. Dabei wird schnell klar: Metakognitiv fundiertes Lehren und Lernen will gelernt sein. Das wissenschaftliche Team von Prof. Dr. Kaiser und die KEB Deutschland haben aus diesem Grund die mekoFUN®-Qualifizierung entwickelt. Diese richtet sich an Kursleiter\*innen, die ihren Unterricht metakognitiv fundiert anlegen möchten. Der Kurs ist modular aufgebaut und besteht aus zwei jeweils zweitägigen Modulen. Zwischen den Modulen liegt eine begleitete Praxisphase, im Rahmen derer die Teilnehmer\*innen das gelernte Wissen in ihren Alltag als Kursleiter\*in integrieren. Im ersten Modul, dem so genannten Basismodul, lernen die Teilnehmer\*innen das Konzept der Metakognition kennen und üben metakognitive Techniken und Strategien ein. Auf die Praxisphase folgt das Vertiefungsmodul. Dieses Modul nimmt verschiedene Lerndimensionen in den Blick und die Teilnehmer\*innen können wählen zwischen der Verarbeitung textlicher Informationen, der Verarbeitung bildlicher Informationen und der Verarbeitung numerischer Informationen. Auch das in diesem Modul angeeignete Wissen wird in einer Praxisphase erprobt. Nach der ausführlichen Auswertung mit der Kursleitung erhält die\*der Teilnehmer\*in das Zertifikat „Lehrkraft mekoFUN®“.

Weitere Informationen gibt es auf [mekofun.de](http://mekofun.de) und auf [keb-deutschland.de](http://keb-deutschland.de).

| **Andrea Heim**

Bundesgeschäftsführerin der Katholischen Erwachsenenbildung Deutschland (KEB)

## Dialog statt Vorurteil

„Schalom Aleikum“ bringt Juden und Muslime in Gespräch

**„Wir haben im Juni 2019 mit dem Ziel angefangen, einen Austausch zwischen Juden und Muslimen bundesweit zu initiieren, nicht zuletzt um Antisemitismus vorzubeugen oder abzubauen“, konstatierte der Präsident des Zentralrats der Juden, Dr. Josef Schuster, als er Anfang 2020 eine erste Bilanz zog. Das Projekt „Schalom Aleikum“ des Zentralrats der Juden stellt den jüdisch-muslimischen Dialog in den Mittelpunkt und organisiert bundesweite Dialogveranstaltungen – obwohl nicht wenige Vertreter der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland die Frage umtreibt, warum ausgerechnet Juden auf Muslime zugehen sollen. Sind doch Übergriffe von Muslimen auf Juden für viele ein gravierendes Problem. Folglich seien Muslime in der Pflicht, der Gewalt Abhilfe durch Dialog zu schaffen. Doch der Zentralrat der Juden tut bewusst, was auf muslimischer Seite organisatorisch schwieriger ist, nämlich: Als zentrale politische Vertretung von Juden in Deutschland, einen landesweiten Dialog mit einer anderen religiösen Minderheit zu starten. Der Name „Schalom Aleikum“ ist Programm: Die hebräische Grußformel „Schalom Aleichem“ und das arabische „Salaam Aleikum“ meinen dasselbe – „Friede sei mit Dir“.**

Im jüdisch-muslimischen Gespräch „offen und ehrlich“ zu sein, ist nach Daniel Botmann, dem Geschäftsführer des Zentralrats der Juden, die Grundvoraussetzung für sein Gelingen. „Schalom Aleikum“ versteht sich grundsätzlich als ein Projekt zur Prävention von Antisemitismus und Radikalisierung. Neben verbindenden Themen werden auch ganz offene Probleme, wie eben Judenhass unter Muslimen, angesprochen. Radikalisierete fallen jedoch nicht unter die Adressaten von „Schalom Aleikum“. Als ein Präventions- und zugleich als ein Dialogprojekt auf Augenhöhe wird „Schalom Aleikum“ von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Annette Widmann-Mauz, gefördert.

### Dialogplattformen

Der Dialog findet bewusst abseits der Funktionärebene und direkt in der Zivilgesellschaft statt. Solche Teilnehmer bringen

sich anders als Amtsträger in ein Gespräch ein: mit der ganzen Person und ohne eine positionsbedingte Agenda. Diesen Stimmen gibt „Schalom Aleikum“ durch seine Medienwirksamkeit eine signifikante Reichweite. Durch die Umsetzung und Verbreitung von Beispielen gelungenen Dialogs entzieht es den Nährboden für Ressentiments und Radikalisierung in der Gesellschaft. Seine Reichweite gewinnt das Projekt auch durch das Zusammenbringen von Juden und Muslimen auf Basis von grundlegenden Gemeinsamkeiten: Bei der Auftaktveranstaltung in Berlin diskutierten jüdische und muslimische Startup-Unternehmer unter anderem die Frage, ob ihre Religionszugehörigkeit eine Rolle bei ihren unternehmerischen Aktivitäten spielt.

In Würzburg trafen jüdische, muslimische und christliche Familien zu einem Trialog zusammen. Die Teilnehmer redeten u. a. über Vorurteile gegenüber Juden und Muslimen im Netz. In Leipzig tauschten sich Frauen über ihre Rolle und ihre Identität als Muslimas oder Jüdinnen aus. In Osnabrück sprachen jüdische und muslimische Seniorinnen und Senioren über ihre Erfahrungen in der Bundesrepublik. Klar wurde dabei: Auch diese Menschen mit ihren zum Teil dramatischen Einwanderungsbiographien sind ein Teil von Deutschland.

### Stimmungsbilder

Warum ist der jüdisch-muslimische Dialog in dieser Form überhaupt notwendig und welche Stimmungsbilder gibt es bei den Teilnehmern und Gästen von „Schalom Aleikum“? Dieser Frage wurde durch die eigens vom Projekt durchgeführten Umfragen nachgegangen. Aufgrund der geringen Fallzahl waren diese zwar nicht repräsentativ, zeigten dennoch bemerkenswerte Tendenzen auf. Eine zentrale Rolle spielte die Verfügbarkeit von Wissen über Juden und Muslime in der Gesellschaft. Im Oktober 2019 fand eine einmonatige Online-Erhebung statt, an der über 200 Personen teilnahmen, darunter 39 Prozent muslimisch und 29 Prozent jüdisch. Ein Großteil der Befragten erhielt zwar eine ausführliche Schulbildung in Bezug auf das Christentum (65 Prozent), jedoch nur eine geringe auf das Judentum (28 Prozent) und fast gar keine (9 Prozent) in Bezug auf den Islam. Ebenso zeigte es sich, dass Juden und Muslime (zusammen 48 Prozent) häufiger diskriminiert werden, als es im Schnitt in der Gesamtgesellschaft der Fall ist. Eine repräsentative Bevölkerungsumfrage der Forsa Gesellschaft für Sozialforschung unter 1.012 Personen in ganz Deutschland bestätigte diese Tendenzen.

### Bildung

Die Wissensdefizite im schulischen Bereich machte „Schalom Aleikum“ bei einer eigenen Veranstaltung zum Thema. Bei der Dialogplattform in Köln lag der Fokus auf dem Phänomen Antisemitismus an deutschen Schulen. Damit sind einerseits die jüdische und muslimische Lehrerschaft und andererseits jüdische Schüler konfrontiert. Ein wesentlicher Teil des Konzepts für die Diskussion war eine digitale qualitative Befragung von Kölner Lehrkräften im Vorfeld zu Antisemitismus an Schulen. Leider wurde antisemitisches Verhalten zum Teil auch innerhalb des Lehrerkollegiums festgestellt. Methoden und Konzepte für den Umgang mit Antisemitismus fehlen – darüber bestand bei der Podiumsdiskussion der Lehrer Einigkeit. Ebenso sollte Antisemitismus auch viel stärker in den Lehrbüchern thematisiert werden.

Im Jahr 2020 wird das Projekt entsprechend vermehrt Schülerinnen und Schüler in den Blick nehmen und bietet für diese überwiegend digitale Workshops zur Sensibilisierung für aktuelle Formen des Antisemitismus an. Ziel ist es, mithilfe von erfahrungs- und lebensweltorientierten Methoden, Antisemitismus, vor allem aktuellen Erscheinungsformen, präventiv entgegenzuwirken und eventuell vorhandene Ressentiments abzubauen. Der Schwerpunkt liegt auf der Auseinandersetzung mit Antisemitismus im Netz und in sozialen Netzwerken. Die Workshops sollen zudem Begegnungen zwischen jüdischen und muslimischen Jugendlichen ermöglichen, die den Dialog stärken sollen. Die Formen solcher netzorientierter Begegnungen werden zur Zeit ausgearbeitet.

Im Projekt entstehen wichtige Ressourcen, um das Wissen um Juden und Muslimen in Deutschland zu stärken. Aus dem Dialog jüdischer und muslimischer Seniorinnen und Senioren in Osnabrück entstand ein Booklet unter dem Titel „Mutige Entdecker bleiben“. Neue Themen, Akteure und Gespräche sollen in weiteren Publikationen dazukommen.

Den Dialog auch ins Netz zu tragen, ist ein zentrales Anliegen von „Schalom Aleikum“. Besonders junge Menschen tummeln sich in virtuellen Räumen und begegnen dort ungefiltert Antisemitismus und Rassismus. Das Projekt brachte Blogger und Netzaktivisten zu Workshops beim Zentralrat der Juden zusammen. Die Teilnehmer diskutierten darüber, was zu tun sei, um mit unterhaltsamen, aber sachlich korrekten Beiträgen Hass-Mails und Fake News über Juden und Muslime zu

entkräften. Daraus entstand ein kurzer Film, der auf dem Facebook-Auftritt von „Schalom Aleikum“ einsehbar ist.

### Zukunft

Das Projekt geht jetzt in die zweite Runde: Nach zahlreichen erfolgreichen Dialogveranstaltungen wird dieses Kernformat 2020 fortgesetzt – deutschlandweit mit beispielsweise jüdischen und muslimischen Journalisten, Sportlern, Studierenden und Geistlichen. Im Februar traf sich bereits die LGBTIQ-Szene bei der Auftaktveranstaltung in Berlin. Über das Jahr finden wieder soziologische Erhebungen statt. Durch die umfangreiche digitale und klassische Öffentlichkeitsarbeit wird die Reichweite des Projektes kontinuierlich ausgebaut und das Netzwerk des Projektes stetig vergrößert. Über 1.000 Personen erreichte „Schalom Aleikum“ im Jahr 2019 bei den Live-Veranstaltungen. In den Zeiten der Corona-Krise denkt das Projekt-Team des Zentralrats der Juden aktuell verstärkt an diverse digitale Projekte.

Eine beträchtliche Anzahl jüdischer und muslimischer Teilnehmer und Gäste sind heute feste Partner von „Schalom Aleikum“ und gehören zum wachsenden Netzwerk des jüdisch-muslimischen Dialogs. Dieser wirkt und hat, so ist zu hoffen, in einer nicht erst seit „Halle“ und „Hanau“ stark polarisierten Gesellschaft eine Zukunft.

[www.schalom-aleikum.de](http://www.schalom-aleikum.de)

*Das erste Buch der Reihe „Schalom Aleikum“ mit dem Titel: „Mutige Entdecker bleiben. Jüdische und muslimische Senioren im Gespräch“ ist im Verlag Hentrich & Hentrich erschienen (ISBN 978-3-95565-369-9)*

| **Dr. Dmitrij Belkin** |

Projektleiter "Schalom Aleikum. Jüdisch-muslimischer Dialog" beim Zentralrat der Juden in Deutschland

## „Neuen Schwung für die Integration nehmen“

### 2. Migrationsbericht der Malteser

**Die Malteser sehen sich aufgefordert, zur Versachlichung der teilweise sehr emotional geführten Debatte um Migration beizutragen. Sie waren in den letzten 30 Jahren eine der wenigen gemeinnützigen Organisationen, die durchgehend in der Flüchtlingshilfe aktiv waren. Seit 2015 ist etwa jeder dritte Flüchtling einem Malteser als Helfer begegnet. Der zweijährlich erscheinende Migrationsbericht soll der Stimmungslage Fakten entgegensetzen.**

Die wissenschaftlichen Analysen der Malteser Migrationsberichte erstellte das Walter Eucken Institut in Freiburg unter Leitung des Wirtschaftsweisen der Bundesregierung, Prof. Lars Feld. Der vollständige Bericht findet sich unter [malteser.de/Migrationsbericht](http://malteser.de/Migrationsbericht). Die Kernaussagen sind:

1. Die Entwicklung der letzten 75 Jahre hat gezeigt, dass Deutschland zu einem Netto-Einwanderungsland geworden ist. Es ist davon auszugehen, dass dies so bleiben wird. Dabei hat die durchschnittlich junge Demographie der Zuwanderer einen positiven Einfluss auf die Altersstruktur.
2. Die Integration läuft stockend. Die Sicherung der EU-Außengrenzen dominiert einseitig die öffentliche Debatte. Der Fokus muss jetzt auf die Frage der Integration der bei uns lebenden Menschen gerichtet werden. Die „Integrationslotsen“ der Malteser haben sich als Modell bewährt, das allgemeine Anwendung finden sollte.

3. Der Arbeitsmarkt hat die Zuwanderung durch Flüchtlinge der letzten vier Jahre sehr gut verkraftet. Die Arbeitslosigkeit ist nicht gestiegen, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dagegen deutlich, auch unter den Schutzsuchenden.
4. Der Staatshaushalt wird durch die Geflüchteten nicht überfordert. Auch die Sozialversicherungssysteme werden langfristig nicht durch diese belastet.
5. Die Kriminalität ist bei den Zugewanderten deutlich höher als bei der ansässigen Bevölkerung. In wesentlichen Teilen liegt dies an der Demographie – jung und männlich. Eine wichtige Rolle spielt dabei auch die Bleibeperspektive. Je geringer diese ist, desto höher die Kriminalität. Diejenigen, die nicht als Asylbewerber anerkannt werden, aller Voraussicht nach aber dennoch langfristig in Deutschland bleiben werden, müssen deshalb zügig integriert werden.
6. Die Zahl der fremdenfeindlichen Straftaten hat in den letzten Jahren stark zugenommen.
7. Einen besonderen Akzent setzt ein Gastbeitrag von Prof. Franziskus Heereman, der die Anerkennung der Würde jedes einzelnen Menschen als den Kern der deutschen Identität herausstellt.
8. Der Großkanzler des Malteserordens, Albrecht Freiherr von Boeselager, richtet unsere Aufmerksamkeit auf die humanitäre Katastrophe, die die Flucht mit sich bringt. Wir dürften die Dramen auf den Fluchtwegen nicht ignorieren. Die Situation, insbesondere im Mittelmeer, sei untragbar. Er plädiert dafür, für Verfolgte Möglichkeiten zu schaffen, um bereits in den Herkunftsländern beim deutschen Staat Schutz zu suchen. Und Deutschland müsse es ermöglichen, sich bereits in den Herkunftsländern für Arbeitsplätze in Deutschland zu qualifizieren. Es sei eine Frage kluger Vernunft, diese Auswahl von uns aus aktiv anzugehen, so der Großkanzler des Malteserordens.

| **Karl Prinz zu Löwenstein**

Bbeauftragter für den Malteser Migrationsbericht